



über die 4. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 18. September 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch
Frau Jung
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Herr Kaczmarek
Herr Schlaweck
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied BG

Herr Lehmann

Beratendes Mitglied FDP

Frau Oertel

Beratende Mitglieder

Herr Kalle
Herr Kampmann
Herr Krampe
Herr Suk
Herr Treese
Frau Dr. Winzer-Milo

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Herr Güldenhaupt
Herr Peske
Herr Richard

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Herr Brumberg
Herr Büchel
Frau Diester
Herr Hinterseer
Frau Jacobsmeier
Herr Kloß
Frau Lübke
Herr Maidorn
Herr Theis

Frau **Dyduch** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.
Vor Einstieg in die Tagesordnung erinnerte sie an die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika, die genau vor einer Woche verübt wurden.

Anschließend wurde nach folgender Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Bericht über die Jugendarbeitslosigkeit Herr Kalle, Arbeitsamt Kamen	
2.	Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2001	204/2001
3.	Jugendferienaktionen 2002 hier: Bericht der Verwaltung	
4.	Ferienfreizeit 2002 für Kinder und Jugendliche in Schweden	201/2001
5.	Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben bei den Hhst. 4542.76000 - Tagespflegekosten Hhst. 4556.67209 - Vollzeitpflegekosten Hhst. 4557.67225 - Heimpflegekosten	205/2001
6.	Drachenfestival Kite hier: Bericht der Verwaltung	
7.	Themen der 1. Jugendpolitischen Konferenz 2001	200/2001
8.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht über die Jugendarbeitslosigkeit
Herr Kalle, Arbeitsamt Kamen

Herr **Kalle** vom Arbeitsamt Kamen stellte den anwesenden Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses anhand von Folien die neuesten Zahlen aus dem Arbeitsamtsbezirk Kamen vor. Die Folien sind dem Protokoll als Anhang beigefügt.

Die neuesten Zahlen wurden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 2.

204/2001

Gewährung von Mitteln zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2001

Frau **Dyduch** ließ über die Vorlage abstimmen, nachdem es keinen Erörterungsbedarf dazu gab.

Beschluss:

Den antragstellenden Kirchengemeinden, Verbänden und Vereinen werden folgende Zuschüsse gewährt:

1. Kolpingfamilie Kamen
für die Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeit,
Wochenendseminare und Verkaufsaktionen
von Eine-Welt-Produkten 2.247,44 DM
2. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Unna
für den Aufbau eines gemeinnützigen Sozialverbandes
in der Wojewodschaft Schlesien 1.000,00 DM
3. Frauenplenum Kamen e. V.
für ein interkulturelles Wochenende,
Ausflüge und ein Herbstfest 2.247,44 DM
4. Förderverein Monopoli
für die Einrichtung eines Elterntreffs von Eltern
verschiedener Nationalitäten unter fachkundiger
Anleitung 1.500,00 DM
5. Kath. Kirchengemeinde St. Marien Kaiserau
für die Förderung der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb
eines Partnerschaftsprojektes der Kirchengemeinde
mit Guatemala 2.247,44 DM
6. Ev. Kirchengemeinde zu Heeren-Werve
zur Förderung einer Partnerschaft zur Kirchen-
gemeinde Tabata in Dar-es-Saalam 2.247,44 DM

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 7. | Kath. Kirchengemeinde Heilige Familie zur Förderung der Lebenschancen junger Menschen im Kinderdorf St. Antonius auf der Insel Nias/Indonesien | 2.247,44 DM |
| 8. | Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Unna zur Förderung eines Selbsthilfeprojektes "Sozialkaufhaus" in Otelu Rosu, Rumänien | 2.247,44 DM |
| 9. | Ev. Lutherische Kirchengemeinde Methler Projekttag zu "Eine-Welt-Arbeit" (Abendprogramme, Wochenendseminar, Probieraktionen) | 2.247,44 DM |
| 10. | Ev. Kirchengemeinde Kamen Förderung der Jugendarbeit im Bereich "Eine-Welt-Arbeit" | 2.247,44 DM |
| 11. | Jugendfeuerwehr Kamen-Heeren Projekt zur Unterstützung eines Eine-Welt-Projektes im Senegal | 600,00 DM |
| 12. | Deutsch-Türkische Begegnungsstätte Kamen für die Finanzierung von Nachhilfeunterricht für ausländische Kinder, Fachliteratur und eine Folkloregruppe | 2.247,44 DM |

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Jugendferienaktionen 2002
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Dunker** berichtete über die in diesem Jahr durchgeführten Ferienaktionen in Kamen-Mitte und den Stadtteilen.

So hat das Spielmobil in diesem Jahr an 4 Stationen halt gemacht. Neben den traditionellen Standorten „Jugendzentrum Heeren“, „Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte“ und „Bürgerhaus Methler“ wurde in diesem Jahr auch Südkamen (Südschule) mit einbezogen.

Dabei hat sich nach Aussage von Herrn Dunker Südkamen als zusätzlicher Standort bewährt und soll auch im kommenden Jahr wieder berücksichtigt werden.

Neu angeboten wurden in den Sommerferien auch ein Cheer-Leader- und ein Inliner-Workshop.

Die vom Fachbereich angebotenen Tagesfahrten waren in diesem Jahr ausverkauft.

Sehr großen Andrang fand auch das „Night-Skate-Event“ im Postpark, welches in Zusammenarbeit mit dem Jugendkulturcafe durchgeführt wurde.

Entgegen des ursprünglich geplanten Programms hatte sich zusätzlich noch die Möglichkeit ergeben, eine Kurzfreizeit nach Holland anzubieten. Durch frei gewordene Plätze konnte es ferner 3 - 4 Jugendlichen ermöglicht werden, an einem Jugendaustausch in Polen teilzunehmen. Dieser wurde von einer polnischen Stiftung durchgeführt.

Die Fahrt nach Ängelholm in Schweden mit 26 Teilnehmern ist in diesem Jahr so gut gelaufen, dass die Gruppe bereits bei der Abreise erneut für nächstes Jahr eingeladen wurde.

Zu TOP 4.

201/2001

Ferienfreizeit 2002 für Kinder und Jugendliche in Schweden

Herr **Brüggemann** führte zur Vorlage aus, dass die beabsichtigte Praxis des Outsourcing nicht durchführbar sei, wie bereits mit der Beschlussvorlage belegt.

Die Verwaltung habe nach vielen Gesprächen, insbesondere auch innerhalb des Hauses, zur Kenntnis nehmen müssen, dass in jedem Fall Haushaltsmittel bereit zu stellen seien, wenn die Durchführung einer kommunalen Ferienmaßnahme gewünscht werde. Die Verwaltung stütze die Durchführung einer kommunalen Ferienmaßnahme. An keiner Stelle sei bisher erkennbar, dass die parlamentarischen Gremien das nicht auch so sehen.

Insofern sei jetzt zu entscheiden, ob und wie das Jugendamt weiter planen solle. Dazu gehöre die Entscheidung, ob auf die bewährte Schwedenfreizeit verzichtet werden solle. Bei Berücksichtigung der Tatsache, dass in keinem Fall auf die Veranschlagung von Haushaltsmitteln verzichtet werden könne, sehe die Verwaltung keinen Anlass, auf die bewährte Schwedenfreizeit zu verzichten.

Die Verwaltung betonte, dass man die Entscheidung des Fachausschusses brauche, um mit Blick auf ein qualifiziertes Votum des Jugendhilfeausschusses die Planungen für das nächste Jahr vorbereiten zu können. Das sei jedoch nur möglich unter dem Vorbehalt, dass der Rat die Haushaltsmittel bereitstelle.

Frau **Lungenhausen** bedauerte, dass der Weg des Outsourcing sich nicht realisieren lässt. Sie begrüßte jedoch im Namen der SPD-Fraktion, dass an der Fahrt nach Ängelholm dennoch festgehalten werden soll.

Frau Lungenhausen regte ferner an, zukünftig darüber nachzudenken, ob nicht auch eine Freizeit in Sulecin/Polen möglich sei. Sie begründete dies mit den partnerschaftlichen Bemühungen beider Seiten.

Frau **Scharrenbach** stellte die Frage, ob beim Gedanken der Freizeit in Schweden und der jetzigen Abkehr vom Outsourcing noch die jugendpolitische Relevanz oder eher der städtepartnerschaftliche Gedanke im Vordergrund stehe.

Wenn allein der städtepartnerschaftliche Gedanke ausschlaggebend sei, so müsse darüber nachgedacht werden, ob nicht dann finanzielle Mittel eher im Etat für internationale Begegnungen bereitgestellt werden sollten anstatt aus dem Jugendhilfeetat. Darüber hinaus stelle sich die Frage, warum eine Vorlage verabschiedet werden soll, die offenbar aus der Not heraus geboren sei.

Herr **Brüggemann** stellte noch einmal klar, warum die Verwaltung des Jugendamtes zum jetzigen Zeitpunkt eine Beratung des Fachausschusses suche. Schließlich brauche das Jugendamt Planungssicherheit.

Im Übrigen belege die Vorlage bereits jetzt, welche Mittel vorbehaltlich der Zustimmung des Rates einzustellen seien. Die jugendpolitische Relevanz stehe aus Sicht der Verwaltung nicht zur Diskussion, da es auch in Kamen Kinder und Jugendliche gebe, denen die Teilnahme an Ferienfreizeiten nur mit massiver finanzieller Unterstützung ermöglicht werden könne.

Wenn der Ausschuss nun empfehle, die Maßnahme in Schweden zu streichen, so sei die Verwaltung in der Lage, zum jetzigen frühen Zeitpunkt auch Maßnahmen an anderer Stelle vorzubereiten. Aber auch da gelte, wie wiederholt ausgeführt, die Tatsache, dass derartige Maßnahmen aus bekannten Gründen im Haushalt zu veranschlagen seien.

Frau **Scharrenbach** wies darauf hin, dass die wirtschaftlichen Fragen hierzu in die nächsten Haushaltsberatungen eingebracht werden sollten.

Herr **Kaczmarek** wies darauf hin, dass die Vorlage aus pragmatischen Gründen Sinn macht. Schließlich seien langfristige Planungen nötig, um einen reibungslosen Ablauf gewährleisten zu können. Die Planungen könnten nicht erst nach den Haushaltsberatungen im März des Jahres 2002 beginnen.

Herr **Weigel** wies darauf hin, dass es nach den Gegebenheiten mit dem Outsourcing nicht klappen konnte.

Herr **Brüggemann** bestätigte, dass man die Ferienfreizeit gerade aus diesem Grunde nicht aus dem Haushalt bekommt. Es sei denn, der Ausschuss würde die Bereitstellung kommunaler Mittel grundsätzlich in Frage stellen. Damit sei dann jedoch ausgeschlossen, dass Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eine Möglichkeit einer längeren Ferienerholung haben. Wenn der Ausschuss jedoch der Durchführung einer Ferienfreizeit gerade für dieses Klientel wünsche, dann müsse diese auch gesichert werden. Dazu habe der Rat, wie das auch Frau Scharrenbach bereits verdeutlicht habe, die Entscheidung. Der Rat sei dann aber auch in der Lage, seine Entscheidung mit Blick auf das Votum des Fachausschusses zu treffen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im kommenden Jahr eine Ferienfreizeit für 10- bis 14-jährige Kinder und Jugendliche in der Partnerstadt Ängelholm unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel zu organisieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen angenommen

Zu TOP 5.

205/2001

Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben bei den
Hhst. 4542.76000 - Tagespflegekosten
Hhst. 4556.67209 - Vollzeitpflegekosten
Hhst. 4557.67225 - Heimpflegekosten

Herr **Peske** erläuterte anhand der Vorlage den Sachverhalt zu den Ausgaben.

Beschluss:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 923.500,00 DM bei den Haushaltsstellen 4542.76999 – Tagespflegekosten (42.000,00 DM), 4556.67209 - Vollzeitpflegekosten (261.500,00 DM) und 4557.67225 - Heimpflegekosten (620.000,00 DM) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Drachenfestival Kite
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** berichtete von einem positiven Abstimmungsergebnis der Beteiligten und gab bekannt, dass es aufgrund dessen im kommenden Jahr wieder die KITE-Veranstaltung geben wird. Dabei möchte man auch nicht auf die bewährten Partner wie den Stadtjugendring und Herrn Gryzbeck verzichten.

Der Bericht wurde von allen Anwesenden positiv zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7.

200/2001

Themen der 1. Jugendpolitischen Konferenz 2001

Herr **Güldenhaupt** stellte dem Ausschuss anhand der Vorlage die Ergebnisse der 1. Jugendpolitischen Konferenz vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Jugendpolitischen Konferenz erarbeiteten 4 Schwerpunktthemen zu bearbeiten. Die zuständigen parlamentarischen Gremien sind zu informieren. Der Jugendpolitischen Konferenz sind die jeweiligen Sachstände und Ergebnisse mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

8.1.1 Herr **Güldenhaupt** gab dem Ausschuss bekannt, dass in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Werkstatt Unna e. V. und durch Förderung des Arbeitsamtes vier Spielflächenerneuerungen vorgenommen werden. Alle Maßnahmen (Luisenstraße, Einsteinstraße, Adenauer Straße und Feuerbachstraße) werden noch in diesem Jahr fertig gestellt. Man denke z. Zt. über neue Maßnahmen für das Jahr 2002 nach.

- 8.1.2 Herr **Brüggemann** teilt mit, dass am 19.09.2001 beim Landschaftsverband Westfalen Lippe (LWL) über die Vergabe eines Modellprojektes „Jugendhilfestrategien 2010“ entschieden wird. Inhaltlich begleitet wird dieses Projekt durch das Institut für Soziale Arbeit (ISA). Die Stadt Kamen hatte sich um das Projekt in der Vergangenheit beworben. Ohne einer Entscheidung des LWL vorzugreifen, hätten Gespräche in Münster ergeben, dass die Stadt Kamen große Chancen hat, einen Zuschlag zu bekommen. Dieses sei bei positiver Bescheidung in den kommenden Jahren eine große Aufgabe für die Stadt Kamen, von der sie aber sicherlich auch profitieren wird.
- 8.1.3 Herr **Güldenhaupt** gab bekannt, dass die zwischenzeitlich unterbrochenen Sozialraumkonferenzen wieder aufgenommen wurden. Die darin bearbeiteten Themen sollen in naher Zukunft gebündelt und gemeinsam mit Vertretern der Konferenzen und dem Jugendhilfeausschuss erörtert werden.
- 8.1.4 Herr **Dunker** verwies auf die bevorstehenden 2. Jugendkulturwerktag des Fachbereiches Jugend und Soziales am 28. und 29.09.2001. In diesem Jahr sind zum ersten Mal auch Handwerksbetriebe dabei, die gemeinsam mit Künstlern Aktionen auf dem Alten Markt durchführen. Zudem gibt es Aufführungen des Zirkus Travados, der Schreberjugend Bergkamen und von Bruno Knust (Olpketaltheater Dortmund).
- 8.1.5 Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass es bei den Stellenbesetzungen in den Jugendfreizeitzentren zur Entspannung gekommen ist. Alle Planstellen seien mittlerweile wieder besetzt. Die geplante Streetworkarbeit/das Sozialmanagement im Jugendfreizeitzentrum Kamen-Mitte soll im Herbst in Gang gesetzt werden.
- 8.1.6 Herr **Güldenhaupt** stellte dem Ausschuss ausführlich die Änderungen im SGB IX vor, dass zum 01.07.2001 in Kraft getreten sei und nunmehr auch die Sozialhilfe und die Jugendhilfe zu Rehabilitationsträgern gemacht habe. Es handelt sich hierbei um die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben, insbesondere am Arbeitsleben. Das Gesetz habe die Vorschriften der verschiedenen Sozialleistungsbereiche gebündelt und den Zugang für behinderte Menschen dadurch erheblich verbessert, das Leistungen schnell und bürgernah zu erbringen seien. Krankenkassen, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Träger der Kriegsopferversorgung und die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugend- und Sozialhilfe haben die Hilfen nach diesen allgemeinen Regelungen des neuen Sozialgesetzbuches IX zu erbringen. Auch das bisherige Schwerbehindertenrecht ist Bestandteil des SGB IX geworden.

Neu ist die Aufgabe für die Jugendhilfe und den Träger der Sozialhilfe. Lange war dies im Gesetzgebungsverfahren auch strittig, zumal Kostenbelastungen nicht konkretisiert

werden konnten und auch weil die Zugangsvoraussetzungen der normalen REHA-Träger mit dem Nachtrags- und Bedarfsdeckungsprinzip in der Jugend- und Sozialhilfe nicht kompatibel sind.

Der neue Behindertenbegriff des § 2 (Zitat: " ... danach sind Menschen behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.....) spricht also nicht mehr von Krankheit, sondern von „nicht Gesundheit“. Es sei nicht abschätzbar, welche Auswirkungen dieser neue Behindertenbegriff habe.

Das Gesetz sehe als Beratung Servicestellen vor, die jeweils kreisweit einzurichten seien und in denen der Sachverstand der REHA-Träger, also künftig auch der Kommunen, vorhanden sein müsse. Hier gebe es Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes in einem Eckpunktepapier, indem die Interessen der Kommunen berücksichtigt seien. Die Servicestellen müssen bis zum 31.12.2002 eingerichtet werden.

Nachdem der Behindertenbeirat, die Jugendamtsleitungen auf der Ebene des Landschaftsverbandes und die Sozialamtsleiter sich mit der Materie beschäftigt haben, sind viele Sachverhalte zu klären (Verfahren, Gutachten, Fristen, Kosten, Beteiligung Servicestellen).

Weitere Besprechungen finden statt, die kommunalen Entscheidungsgremien werden über Auswirkungen zeitnah informiert.

8.1.7 Herr **Peske** gab bekannt, dass mit Beginn des neuen Schuljahres die Käthe-Kollwitz-Schule wegen fehlender Klassenräume mit einer Schulklasse in die Räumlichkeiten des Jugendzentrums Heeren eingezogen ist. Diese Maßnahme ist zunächst auf ein Jahr befristet.

8.1.8 Herr **Brüggemann** gab den Hinweis, dass das Land finanzielle Einsparungen, u. a. im Landesjugendplan beabsichtigt. Dies könne nicht hingenommen werden. Die Stadt erhalte z. Zt. jährlich für die Jugendheime ca. 320.000 DM aus dem Landesjugendplan.

8.2 Anfragen

8.2.1 Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach dem Sachstand der Einrichtung von Deutschkursen für Kinder aus Migrantenfamilien.

Herr **Brüggemann** verwies auf die letzte Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 4. September 2001, in der bereits ein Sachstandsbericht abgegeben wurde.

Protokollauszug: "... Frau **Meißner** teilte mit, dass ein Bedarf gegeben sei. Es werde jedoch ein neuer Erlass erwartet. Sobald dieser vorliege, werde die Verwaltung entsprechende Mittel für die Einrichtung von Kursen beantragen."

- 8.2.2 Herr **Weigel** erinnerte angesichts der verübten Attentate in den Vereinigten Staaten von Amerika an seine Ausführungen zum Auftritt der Musikband „Terrorgruppe“ bei der Einweihungsfeier der neuen Räume des Jugendkulturcafes. Er bat den Ausschuss darum, in Zukunft etwas besonnener mit Begriffen wie Terror o. ä. umzugehen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer